

„Dass Deutschland führen soll, macht vielen Angst“

Die deutsche Verteidigungsministerin über Ziele einer neuen Außenpolitik, die EU zwischen China und den USA und den Dialog mit der Bevölkerung.

Annegret Kramp-Karrenbauer im Gespräch mit der IP

IP: Frau Ministerin, spätestens seit 2014 strebt Deutschland danach, mehr Verantwortung in der Welt zu übernehmen. Eine kohärente außenpolitische Strategie konnte aber bis heute nicht entwickelt werden. Warum sieht es so oft nach Stückwerk aus?

Annegret Kramp-Karrenbauer: Viele Jahrzehnte lang war es eine deutsche Tugend, sich nicht zu exponieren als außen- und sicherheitspolitische Kraft. Doch jetzt lernen wir, dass sich die Lage so verändert hat, dass das alte außenpolitische Konzept der Bundesrepublik nicht mehr aufgeht. Viele Partner und Verbündete hoffen und erwarten zu Recht: Deutschland solle mehr tun, mehr Geld ausgeben, aktiver führen, sich stärker einbringen. Es ist ganz natürlich, dass sich viele mit diesem neuen Gedanken noch schwertun. Das ist ein Prozess, der nicht von heute auf morgen abgeschlossen ist. Dennoch ist er wichtig und richtig. Wir spüren ja alle, dass sich die Welt verändert und neue Gefahren auf uns zusteuern. Unsere Sicherheit können wir nicht länger in die Hand anderer legen. Dieser Umbruch ist schwer.

Deutschland war bisher in einer sehr komfortablen Situation ...

Ja, es sah sich von einer im Grunde freundlichen Welt umgeben. Die Bundeswehr nahm an einzelnen internationalen Einsätzen teil. Klassische Verteidigung stand kaum im Fokus. Das hat sich in den vergangenen Jahren geändert und die eingetübten Denkstrukturen auf die Probe gestellt. Plötzlich wächst die Erkenntnis, dass Deutschland regionalen und auch globalen Herausforderungen gegenübersteht, denen es sich nicht entziehen kann. Dass da neue Bedrohungen entstehen, neue Technologien, neue Waffensysteme, Informationskrieg und hybride Aggression. Plötzlich soll das Land nicht mehr nur beitragen, plötzlich soll es führen und in großen Ordnungsfragen eine wichtige Rolle spielen. Das ist ein enormer Bruch, der vielen Angst macht.

Die politische Debatte ist ja bereits im Gange, von der angestrebten Vergrößerung des Wehretats über neue Strukturen wie einen Nationalen Sicherheitsrat bis hin zur strategischen Kultur der Bun-

desrepublik. Wo sehen Sie die größten Defizite in der deutschen Außenpolitik?

Es gibt ohne Zweifel ein Ungleichgewicht zwischen den Erwartungen, die man an Deutschland als eine der größten und stärksten Volkswirtschaften stellt, und dem, was das Land tatsächlich leistet. In der NATO hat die Regierung sich damals zum Zwei-Prozent-Ziel und zur Bereitstellung bestimmter Fähigkeiten verpflichtet, ist aber bisher ein gutes Stück hinter diesen Erwartungen zurückgeblieben.

Der zweite Punkt betrifft die Strukturen der Sicherheitsvorsorge. Es gibt eine neue Qualität der Bedrohung. Allein durch die technologische Entwicklung sehen wir uns hybriden und vernetzten Bedrohungen gegenüber, denen wir einen ebenso vernetzten politischen Ansatz gegenüberstellen müssen. Für mich heißt das, dass wir eine neue Definition von Sicherheit brauchen, und dazu eine institutionelle Struktur, in der diese komplexen Herausforderungen zusammengedacht werden können. Das könnte aus meiner Sicht ein Nationaler Sicherheitsrat sein, der aus Ressortpolitik gesamtstaatliche Politik macht.

Und dann gibt es noch das Problem, dass viele hierzulande den harten sicherheitspolitischen Fakten ungern ins Auge sehen. So paradox es klingen mag, die Sicherheit in Europa und Deutschland wurde in den vergangenen Jahren durch die nukleare Abschreckung gewährleistet. Das nukleare Gleichgewicht in Europa steht aber unter Druck. Für mich ist unbestritten, dass wir auch künftig nukleare Abschreckung für unsere Sicherheit fundamental brauchen. Das schließt die deutsche nukleare Teilhabe in der NATO ein.

Sie sagten, man sei beim Zwei-Prozent-Ziel noch hinter den Erwartungen zurück. Bis 2024 hat sich Deutschland aber auf die Umsetzung dieses Zieles ver-

Bild nur in
Printausgabe
verfügbar

Annegret Kramp-Karrenbauer ist seit Juli 2019 Bundesministerin der Verteidigung. Von Dezember 2018 bis zum 16. Januar 2021 war sie außerdem Bundesvorsitzende der CDU. Das Interview mit „AKK“ fand digital statt.

pflichtet. Wenn das schon in der aktuellen Regierungskoalition so schwierig ist, wie sehen Sie die Chancen, dass es nach der Bundestagswahl besser wird?

Die Zahlen für das Verteidigungsressort sind im nächsten Haushaltsjahr okay. Wir haben dort 2,5 Milliarden Euro mehr Geld rausgehandelt als zunächst vom Finanzministerium geplant. Wenn man sich aber die mittelfristige Finanzplanung anschaut, würden wir am Ende des Planungszeitraums auf eine NATO-Quote von 1,2 Prozent fallen. Das ist nicht akzeptabel. Das deckt weder unseren eigenen Sicherheitsbedarf, noch erlaubt es uns, die von uns international fest zugesagten Fähig-

keiten zu entwickeln. Daher muss in den kommenden Koalitionsverhandlungen ehrlich darüber geredet werden, was in den nächsten Jahren vorangetrieben werden soll und wie viel Geld das kosten wird. Wir müssen darüber reden, welche neuen Wege es geben kann, die notwendigen Mittel zur Verfügung zu stellen. Ich setze mich beispielsweise für ein Planungsgesetz ein, das langfristige Investitionen auch langfristig politisch absichert.

Welche Zukunft hat der Parlamentsvorbehalt in einer neu ausgerichteten deutschen Außenpolitik?

Er erfüllt eine sehr wichtige Funktion. Es ist für die historisch gewachsene deutsche politische Kultur unabdingbar, dass unsere Streitkräfte in enger Partnerschaft mit dem Parlament stehen und sich auf dessen Rückhalt verlassen können. Die Bundeswehr bleibt eine Parlamentsarmee. Gleichzeitig müssen wir darauf achten, dass wir als Land sicherheitspolitisch handlungsfähig bleiben. Das war der Grund dafür, dass frühere Kommissionen Vorschläge gemacht haben, den Parlamentsvorbehalt flexibler zu gestalten. Zum Beispiel durch eine Art Vorratsbeschluss, in dessen Rahmen Missionen etwas agiler und im Notfall auch schneller gehandhabt werden können. Oder durch ein Rückholrecht des Parlaments. Allerdings: Wir hatten bis jetzt bei allen Missionen der Bundeswehr immer eine Mehrheit im Parlament.

Eine wichtige Rolle spielt der Parlamentsvorbehalt auch bei der Frage einer europäischen Armee. Sie haben sich hierzu unterschiedlich geäußert ...

In Europa leben 500 Millionen Menschen. Um deren Sicherheit und Freiheit geht es. Die zu verteidigen, sind Auftrag und Ziel aller Armeen der europäischen Staaten. Zurzeit tun wir das vor allem mit unse-

ren nationalen Armeen und in nationaler Form der Zusammenarbeit. Dieses Zusammenspiel wollen wir deutlich ausweiten, sodass wir auf militärischer und auf politischer Ebene gemeinsam handeln können. Dazu dient der Strategische Kompass der EU, den wir angestoßen haben. Dazu dienen auch die PESCO-Projekte, die gemeinsamen Rüstungsvorhaben und die Koordinierung von Beschaffung, die die Europäische Verteidigungsagentur leistet. Das ist eine lange Linie. Das Wichtigste ist, dass wir das, was wir mit unseren nationalen Armeen leisten, immer als Beitrag für ganz Europa betrachten. Wenn am Ende eine echte Europäische Armee stehen soll, ist das eine unabdingbare Grundvoraussetzung.

Das Rüstungsprojekt „Future Combat Air System“ (FCAS) befindet sich in einer heißen Phase. Noch 2021 müssen die Mittel bereitgestellt werden, damit die ersten Prototypen entwickelt werden können. Dafür müssen Milliarden aufgebracht werden. Wird das noch vor der Wahl durch den Bundestag gehen?

Wenn es nach uns im Verteidigungsministerium geht, ja. Derzeit wird auf zwei Ebenen sehr intensiv gearbeitet. Die eine ist die Organisation des Projekts selbst, hier steht noch eine Einigung der Industriepartner aus. Politisch sind wir uns mit Frankreich und Spanien einig: Sobald sich die Unternehmen auf eine Arbeitsteilung verständigt haben, akzeptieren wir das als Organisationsgrundlage. Diese Gespräche laufen sehr aktiv und ich hoffe, dass sie auch zeitnah abgeschlossen werden.

Der zweite Schritt ist, noch vor der Sommerpause eine entsprechende 25-Millionen-Euro-Vorlage in den Bundestag einzubringen, damit es endlich losgehen kann. Das geht nur, wenn das Projekt auch auf lange Sicht finanziert ist. Die gesamte Bun-

desregierung muss hinter FCAS stehen, schließlich haben wir das Projekt auch im Aachener Vertrag vereinbart. Projekte dieser Größenordnung, finanziell und politisch, kann das Verteidigungsministerium nicht allein stemmen. FCAS ist übrigens ein wunderbares Beispiel dafür, wie sinnvoll ein Planungsgesetz sein könnte.

„Wenn wir ehrlich sind, haben wir das Thema Bewaffnung der Drohnen ausdiskutiert. Die SPD sollte endlich Farbe bekennen“

FCAS steht auch für die Vernetzung mit anderen Waffensystemen, darunter teilautonomen und bewaffneten Begleitdrohnen. Jetzt übernimmt Deutschland innerhalb des Projekts sogar die Federführung bei der Entwicklung dieser Drohnen. Gleichzeitig wird im Bundestag seit Jahren über die Anschaffung bewaffneter Drohnen debattiert, und es gibt noch immer keine Mehrheit ...

Drohnen werden ganz sicher eine noch größere Rolle spielen. Das haben wir nicht zuletzt im Konflikt um Berg-Karabach gesehen. Drohnen sind nicht nur leicht beschaffbar, sondern auch vergleichsweise günstig. Und deswegen sind sie

auch eines der Waffensysteme der Zukunft. Wenn man ehrlich ist, haben wir das Thema Bewaffnung der Drohnen ausdiskutiert. Wir haben sogar über die im Koalitionsvertrag vereinbarten Debatten hinaus Diskussionsprozesse aufgesetzt. Und wir haben die Einsatzgrundsätze für bewaffnete Drohnen mitentwickelt und entsprechende Fragen geklärt. Die Frage ist längst entscheidungsreif. Die SPD sollte endlich Farbe bekennen; das gilt auch für die Grünen, die sich da gerade etwas hinter der SPD verstecken. Eines habe ich in dieser Legislaturperiode gelernt: Wenn die Union an den nächsten Koalitionsverhandlungen beteiligt sein sollte, und falls ich da ein Wort mitzureden habe, werde ich sehr genau darauf achten, dass das Thema Bewaffnung von Drohnen im Vertrag so formuliert ist, dass nicht wieder ein Koalitionspartner während der Legislaturperiode ausbrechen kann.

Für eine neue Außenpolitik braucht man auch den Rückhalt der Bevölkerung. Ist es ein Kommunikationsproblem, Mehrheiten für eine angemessene Ausstattung der Bundeswehr im Rahmen des Zwei-Prozent-Ziels zu organisieren? Oder fühlen sich die Deutschen gar nicht bedroht, auch wenn die außenpolitische Lage eine ganz andere ist?

Der letzte Punkt ist sehr wichtig. Ich glaube, am Ende hilft es nur, solche Themen immer wieder ehrlich anzusprechen und breit zu diskutieren. Wir wissen, dass Außen- und Sicherheitspolitik, auch die Entwicklungspolitik, im täglichen politischen Geschäft nicht oben auf der Agenda stehen. Andererseits sehen wir, wie stark sich internationale Entwicklungen direkt auf innenpolitische Themen auswirken. Unsere Aufgabe ist es, die Themen aktiv und prominent auf die Tagesordnung zu setzen. Die außenpolitische Community

diskutiert diese Themen sehr intensiv und kontrovers. Diese Debatte will ich stärker in die Öffentlichkeit tragen. Die Menschen mitnehmen, einbinden, auch den strittigen Austausch suchen. Dabei erlebe ich auch: Die Bevölkerung ist bei sicherheitspolitischen Themen meist sehr viel realistischer und durchaus pragmatisch. Dass man ihr Sicherheits- und Verteidigungspolitik, Bedrohungen und Einsätze nicht zumuten kann, halte ich für vorgeschoben.

„Ohne die USA wird europäische Sicherheit auf noch sehr lange Sicht schlicht nicht möglich sein“

Laut einer Umfrage Ihres Ministeriums fühlen sich 48 Prozent der Befragten schlecht über Bundeswehr-Auslandseinsätze informiert. Das kann Ihnen nicht gefallen.

Natürlich nicht! Aber es überrascht mich auch nicht. Die Auslandseinsätze der Bundeswehr werden in den Fachausschüssen des Bundestags und auch im Plenum sehr kontrovers diskutiert. Letztlich ist es aber auch nur eine kleine Gruppe von Kolleginnen und Kollegen, die sich in der Tiefe mit diesen Fragestellungen beschäftigt. Wir setzen mit unserer Pressearbeit,

aber auch in den Streitkräften selbst, alles daran, Einblicke in die Auslandseinsätze zu geben. Medien sind regelmäßig bei der Truppe, in den Einsätzen und auch hier in Deutschland. Unsere Kanäle in den sozialen Medien haben an Reichweite gewonnen. Alle Informationen sind abrufbar. Als Bundeswehr müssen wir sauber bilanzieren: Was haben wir in den Einsätzen erreicht? Warum gehen wir überhaupt irgendwo hinein? Diese Fragen werden jetzt etwa bei der Verlängerung für die Einsatzmandate in der Sahel-Zone enorm wichtig. Wir kommunizieren zu den Auslandseinsätzen sehr offen.

Lassen Sie uns über die Ausstattung der Bundeswehr sprechen. Seit Jahren gibt es Berichte über mangelnde Ausrüstung der Truppe und die Einsatzbereitschaft des relevanten Großgeräts. Vor allem das Beschaffungsmanagement der Bundeswehr steht in der Kritik. Gleichzeitig wächst international der Druck auf Deutschland, mehr Verantwortung zu übernehmen. Warum fällt es der Truppe hier so schwer, voranzukommen?

Die Beschaffung ist hoch komplex: Technische, politische, rechtliche und wirtschaftliche Aspekte müssen immer zusammengebracht werden. Wenn es sich dann auch noch um internationale Großprojekte handelt, multipliziert sich diese ohnehin komplizierte Mischung noch einmal. Jeder Stakeholder hat in diesem Zusammenspiel seine ganz eigenen berechtigten Interessen. Dieses Zusammenspiel zu optimieren, im besten Sinne für unsere Soldatinnen und Soldaten, ist die große Aufgabe für die kommenden Jahre. Erste Fortschritte wurden bei der Beschaffung bereits gemacht. Manche Prozesse und Entscheidungen müssen noch schneller Wirkung zeigen. Wir sind auf dem richtigen Weg, brauchen aber auch Ausdauer.

Ein Erbe der Sparzeit der Bundeswehr?

Es ist eine Herausforderung, eine Organisation, die eine ganze Zeit lang als Steinbruch des Bundeshaushalts betrachtet wurde, wieder von Grund auf zu stärken. Damals gab es viele, zu jener Zeit gerechtfertigte Absichten. Die Rechnung ist leider nicht vollends aufgegangen. Die Quittung liegt nun auf dem Tisch.

Es gibt seitens der neuen US-Regierung Bestrebungen, mit den Europäern ein enges Bündnis gegen China zu schließen. Ist das der richtige Weg?

Für mich kann es keine Äquidistanz zwischen China und den USA geben. Ich stehe für ein starkes Europa. Es bleibt dabei, dass die USA uns mit ihren Wertevorstellungen näher sind als China. Das bedeutet aber nicht, dass die Interessen der USA immer mit den europäischen oder deutschen deckungsgleich sind. Ich finde, die ASEAN-Staaten haben hier einen sehr klugen Hinweis gegeben: Es geht nicht darum, ein Bündnis gegen jemanden zu schließen, sondern ein Bündnis für etwas. Zum Beispiel für eine regelbasierte internationale Welt, für die Freiheit des Warenverkehrs oder für die Freiheit der Seewege. Und wenn China bei diesen Punkten andere Vorstellungen hat, dann ist es notwendig, geschlossen zu zeigen, dass wir China hier nicht den Platz überlassen.

Für mich stellt sich gar nicht die Frage, ob wir zwischen den Amerikanern oder den Chinesen zerrieben werden. Die viel größere Herausforderung ist doch, ob Europa überhaupt noch eine Rolle spielen wird. Wenn man sich anschaut, wer etwa in der technologischen Entwicklung die Standards setzt, dann sind das die USA und China. Wir Europäerinnen und Europäer müssen uns fragen, ob wir noch wettbewerbsfähig sind. Wir müssen anschlussfähig bleiben. Auch um uns in

unserem Interesse sowohl von Peking als auch, wenn erforderlich, von Washington abgrenzen zu können. Nur so können wir unseren amerikanischen Freunden sagen: Wir haben zwar eine starke gemeinsame Basis, aber bei manchen Fragen verfolgen wir unterschiedliche Interessen. Das ist legitim und war zwischen transatlantischen Partnern und Freunden immer möglich.

Das klingt fast wie Emmanuel Macron?

Deutsche und Franzosen sind sich einig, dass Europa in Zukunft deutlich mehr eigene Fähigkeiten braucht. Das ist eine große strategische Gemeinsamkeit, die uns mit Frankreich verbindet.

Aber: Man darf das Transatlantische nicht gegen das Europäische ausspielen. Beides zieht am gleichen Strang. Beides ist möglich: die europäischen Fähigkeiten stärken und gleichzeitig die USA an Europas Seite zu haben. Ohne die USA wird europäische Sicherheit auf noch sehr lange Sicht schlicht nicht möglich sein. An der Stärkung der europäischen Handlungsfähigkeit arbeiten wir: Während der deutschen EU-Ratspräsidentschaft haben wir den Weg hin zu einer europäischen Gesamtstrategie, dem Strategischen Kompass, begonnen, den Frankreich im kommenden Jahr abschließen wird. Deswegen setzen wir auch auf gemeinsame Rüstungsprojekte und auf Kooperation bei den PESCO-Projekten der EU. Deswegen stehen wir im Sahel gemeinsam im Einsatz. Die Unterschiede zwischen dem deutschen und französischen Blick muss man kennen. Aber die Gemeinsamkeiten überwiegen. Am Ende kommt es darauf an, dass wir das Gleiche wollen: ein starkes, freies, sicheres Europa, das einen gewichtigen Platz am Tisch hat.

Das Interview führten Martin Bialecki, Henning Hoff, Fabio Reith und Joachim Staron